

**Im Jahr 1990 gegründeter unabhängiger Verein, dessen Mitglieder sich zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung und leistungsstarken Luftwaffe bekennen.**

Postfach, 8600 Dübendorf / Postkonto: 80-47799-0 / [www.forum-flugplatz.ch](http://www.forum-flugplatz.ch) / [info@forum-flugplatz.ch](mailto:info@forum-flugplatz.ch)

Geschätzte Vereinsmitglieder und Interessenten/-innen

Im letzten *INFO* haben wir Sie auf die Kantonsratswahlen aufmerksam gemacht. Wir haben Ihnen diejenigen Mitglieder vorgestellt, welche für den Kantonsrat im Kanton Zürich kandidierten. Mit grosser Freude durften wir am Wahltag feststellen, dass neun Mitglieder unseres Vereins gewählt wurden. Weiter zeigte der Wahltag, dass zwei Kandidaten aus dem Bezirk Uster abgewählt wurden, welche sich vehement für den Innovationspark stark gemacht haben. Ich erlaube mir, das Resultat so zu interpretieren, dass die Bevölkerung aus dem Bezirk Uster klar zum Ausdruck gebracht hat, dass sie keinen Innovationspark auf dem Gelände des Flugplatzes Dübendorf möchte. Den Politikern im ganzen Kanton ist zu empfehlen, dieses Ergebnis ebenfalls so zu deuten!

Am 18. Oktober 2015 stehen bereits die nächsten Wahlen an. Mit den National- und Ständeratswahlen haben wir die Möglichkeit die politische Richtung der nächsten vier Jahre zu bestimmen. In der vorliegenden Ausgabe Nr. 48 präsentieren wir Ihnen diejenigen Kandidaten, welche Mitglieder des Forums Flugplatz Dübendorf sind. Berücksichtigen Sie diese Kandidatinnen und Kandidaten und setzen Sie diese 2x auf Ihre Liste. Mit Martin Bäumle und Ruedi Noser treten zwei Kandidaten zur Wahl in den Ständerat an, welche sich öffentlich gerne als «Vater und Mutter» des Innovationsparks darstellen. Leider ist es aber so, dass diese beiden Personen nur Ihr persönliches Denkmal «Inno-

vationspark» anvisieren und dabei die Folgen für die Bevölkerung völlig ausblenden oder verharmlosen. Mit Hans-Ueli Vogt steht jedoch ein hervorragender Alternativ-Kandidat zur Verfügung, der sich als einziger Ständeratskandidat klar und öffentlich gegen den Innovationspark ausspricht. Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen der Vorstand des Forums Hans-Ueli Vogt als einzigen Kandidaten zur Wahl in den Ständerat. Die zweite Zeile auf dem Wahlzettel darf (sollte) selbstredend leer gelassen werden.

Das Thema «direkte Demokratie» beschäftigte den Vorstand des Forums in den letzten Monaten ganz besonders. Am 29. Juni 2015 setzte der Kantonsrat die Anpassung des Richtplans, welcher den Innovationspark auf dem Flugplatz Dübendorf enthält, fest. Da dieser Entscheid leider absehbar war, setzte sich das Forum bereits vor dieser Kantonsratsabstimmung entschieden dafür ein, dass dieser Richtplaneintrag dem fakultativen Referendum unterstellt wird. Mit den guten Argu-

menten des Forums und dem Bezug auf Art. 33 Abs. 1 lit. e) der kantonalen Verfassung stellte die SVP-Fraktion den Antrag, die Richtplanänderung dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Leider stimmten 115 Kantonsräte gegen diesen Antrag mit dem Ziel, eine Mitsprache des Volkes so zu verhindern. Welche Kantonsräte wie abgestimmt haben, können Sie der beiliegenden Liste entnehmen. Merken Sie sich diese Namen und ziehen Sie bei den nächsten Wahlen Ihre persönlichen Konsequenzen daraus.

Da es sich beim Innovationspark gemäss den Voten



der Befürworter um ein «Generationenprojekt» handelt und die Planungsvoraussetzungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können, ist Art. 33 Abs. 1 lit. e) aus unserer Sicht absolut erfüllt. Diese Teilrevision des Richtplans geht weit über die rein planerische und behördenverbindliche Festsetzung hinaus. Vielmehr handelt es sich beim Beschluss um die Erfüllung einer ersten Voraussetzung, wonach zum Zeitpunkt des Bundesbeschlusses über die Abgabe von Flächen die «raum- und zonenplanerischen» Voraussetzungen erfüllt sein müssen (Art. 33 Abs. 2 FIFG). Der Kantonsrat hätte dieses Geschäft zwingend dem fakultativen Referendum unterstellen müssen. Das Forum kann nicht akzeptieren, dass der Kantonsrat die Demokratie in dieser Angelegenheit missachtet und zu diesem wichtigen Beschluss ein Referendum nicht zulassen will. Aus diesem Grund haben wir am 26. August 2015 beim Bundesgericht eine Stimmrechtsbeschwerde gegen den Kantonsrat des Kantons Zürich eingereicht. Unsere Hoffnungen zur Verhinderung des Innovationsparks liegen nun in Lausanne. Sollte das Bundesgericht unsere Auffassung teilen, wird ein Referendum möglich sein. Der Gang vors Bundesgericht ist allerdings kostspielig. Ich möchte mich an dieser Stelle deshalb ausdrücklich und ganz herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern bedanken.

Am 22.9.2015 haben wir unsere Stellungnahme zum Sachplan Militär und zum Sachplan Luftfahrt betreffend dem Flugplatz Dübendorf abgegeben. Mit unserer Stellungnahme weisen wir die zuständigen Organe erneut auf unser Konzept eines militär-/zivilaviatischen Werkflugplatzes hin. Mit diesem Konzept, das wir in früheren Info-Ausgaben bereits eingehend vorstellten, wäre es möglich, dass mit wenigen zusätzlichen Flugbewegungen, zu den heute bekannten Betriebszeiten, eine effektive Wertschöpfung erzielt werden könnte, auch ohne die Vergabe des bundeseigenen Geländes, ohne die 350 Millionen Franken Bürgschaften des Bundes und ohne den Bau eines masslosen Innovationsparks. Und dadurch bliebe der Erhalt der bestehenden – in den vergangenen Jahren für viel Steuergeld unterhaltenen – Flugpiste in vollem Umfang und auf lange Zeit gesichert.

Liebe Mitglieder des Forums Flugplatz Dübendorf, Sie sehen, in den letzten Monaten ist sehr viel geschehen, gar manches leider nicht in unserem Sinne. Die vielen Aktivitäten, welche unser Verein entwickeln muss, werden in den nächsten Jahren nicht weniger. Wir erwarten den Entscheid des Bundesgerichts, den definitiven Sachplan Militär und Sachplan Luftfahrt und den überarbeiteten Gestaltungsplan in den kommenden Monaten. Selbstverständlich werden wir das Engagement der neu gegründeten «Stiftung Innovationspark Zürich» genau verfolgen und auf etwaige «Verfälschungen und Verschleierungen» aufmerksam machen. Das geht allerdings nicht ohne Ihre tatkräftige Unterstützung. Sollte also jemand un-

ter den geschätzten Vereinsmitgliedern Interesse an einer aktiven Mitarbeit im Vorstand oder als Beirat verspüren und sich mit Zielen und Vereinszweck des Forums Flugplatz Dübendorf identifizieren können, freue ich mich über Ihre direkte Kontaktnahme unter [praesident@forum-flugplatz.ch](mailto:praesident@forum-flugplatz.ch).

Mit bestem Dank für Ihre Treue zu unserem Verein.  
Ihr Patrick Walder, Präsident

## Alarmierender Aufruf der Naturschutzorganisationen

Wenige Wochen nach dem Besuch von Bundesrätin Doris Leuthardt bei der Vogelwarte Sempach erlassen Naturschutzorganisationen einen dringenden Appell an die Gesellschaft. «Die Natur und mit ihr die Vögel sind stark unter Druck. Die Vielfalt der Arten wie auch die Vielfalt der Lebensräume nehmen rasant ab, wie neuste Untersuchungen der Wissenschaft zeigen. Auch in 20 Jahren soll es noch Lebensräume geben, in welchen junge Flussregenpfeifer ungestört brüten können. Im Kulturland sollen weiterhin Feldlerchen singen und Kinder sollen die Möglichkeit haben, Eisvögel zu beobachten.»

Ein «Schelm», der glaubt, das könnte im Zusammenhang mit der fortschreitenden Zubetonierung unseres wertvollen Landes stehen. Wenn Wirtschaftskreise und Politiker endlich verstehen, was in unserem Land abläuft, wird es leider zu spät für unsere Natur sein. Eigentlich traurig, dass dieser Frevel an der Natur nicht geahndet wird. Der Flugplatz Dübendorf steht stellvertretend für diese unsäglichen Abläufe, darum dürfen die Kandidaten R. Noser und M. Bäumle nie und nimmer in den Ständerat gewählt werden! PB

## Mitglieder des Forums an der SUT 2015

An den Schweizerischen Unteroffizierstagen 2015 (SUT) haben in der Kategorie Veteranen zwei Patrouillen vom Unteroffiziersverein Dübendorf, die meisten Mitglieder des Forums, teilgenommen. Das unten abgebildete Team hat von den 17 Veteranengruppen den ersten Rang erzielt.



Ernst Mühlestein, Peter Bosshard, Walter Mundt (von links nach rechts)

# Wir empfehlen Ihnen unsere Mitglieder in den Nationalrat



**Patrick Walder**  
Treuhänder

**SVP**

Präsident Forum Flugplatz  
Gemeinderat Dübendorf  
Wahlkreis Zürich  
Listennummer: 01.29



**Benjamin Fischer**  
Betriebsökonom

**SVP**

Präsident SVP Volketswil  
Kantonsrat  
Wahlkreis Zürich  
Listennummer: 01.35



**Arthur Gasser**  
Treuhänder

**EDU**

Gemeinderat Dübendorf  
Wahlkreis Zürich  
Listennummer: 31.09



**Hans Peter Häring**  
Jurist

**EDU**

Kantonsrat  
Wahlkreis Zürich  
Listennummer: 31.03



**Jacqueline Hofer**  
Unternehmerin

**SVP**

Gemeinderatspräsidentin  
Dübendorf  
Kantonsrätin  
Wahlkreis Zürich  
Listennummer: 01.30



**Wolfram Kuoni**  
Rechtsanwalt

**SVP**

Vorstand SVP Herrliberg  
Wahlkreis Zürich  
Listennummer: 01.19

## Wir empfehlen Ihnen unsere Mitglieder in den Nationalrat



**Pascal Theiler**  
Wirtschaftsinformatiker

**Junge SVP**  
Präsident Junge SVP  
Kanton Zürich  
Wahlkreis Zürich  
Listennummer: 14.01



**Katia Weber**  
Selbständige Fotografin

**Junge SVP**  
Vorstand Junge SVP  
Kanton Zürich  
Wahlkreis Zürich  
Listennummer: 14.05

# Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf

Johann-Wolfgang von Goethe

**B**edenken Sie, dass wählen nicht so einfach ist, wie viele denken. Im Kanton Zürich waren vor vier Jahren über 2'800 Stimmabgaben ungültig, nur weil der Stimmrechtsausweis nicht unterzeichnet war.

Ein oft gesehener Fehler ist, dass mehrere Listen ins Couvert gesteckt werden. Es darf nur eine Liste verwendet werden!

### Aktuelles zum Innovationspark

Am 17.9.2015 ist das Geschäft Innovationspark Dübendorf in Bundesbern abgeschlossen worden. Die eidg. Räte haben den beiden Geschäften, Landabgabe des Bundes im Baurecht (Flugplatz Dübendorf) wie auch einer Bürgschaft von 350 Millionen für die Stiftung «Swiss Innovation Park», zugestimmt. Auf Bundesebene stehen nun leider alle Zeichen auf «Innovationspark». Und dies alles, ohne überhaupt dem Volk die Möglichkeit einzuräumen, sich dazu äussern zu können. Wir hoffen, dass das Bundesgericht diesem undemokratischen Vorgang einen Riegel schiebt.

Am selben Tag, am 17.9.2015, wurde die Stiftung «Innovationspark Zürich» gegründet. Träger der Stiftung sind der Kanton Zürich, die ETH und die ZKB. Der Stiftungsrat wird zusammengesetzt aus Carmen Walker Späh (Regierungsrätin und Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Zürich), Prof. Dr. Detlef Günther (Vizepräsident für Forschung und Wirtschaftsbeziehungen der ETH Zürich) sowie Dr. Jörg Müller-Ganz (Bankratspräsident der Zürcher Kantonalbank). Das Stiftungskapital, welches zur Hälfte durch den Kanton Zürich, und je zu einem Viertel durch die ETH und die ZKB finanziert wird, wird eine Million betragen.

Gemäss den Befürwortern des Innovationsparks soll dieses Projekt die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft fördern. Auffällig an der Zusammensetzung des Stiftungsrats ist allerdings, dass die Wirtschaft nicht vertreten ist. Das Stiftungskapital wurde ausschliesslich aus Steuergeldern oder aus Geld, für das wir Steuerzahler haften, finanziert. Unsere Befürchtungen scheinen sich also zu bestätigen: Beim Innovationspark scheint es sich vorwiegend um ein staatliches Projekt zu handeln, welches eine planwirtschaftlich anmutende Forschung zum Ziel hat.

Die Wirtschaft hat offenbar kein Interesse, an diesem zum Scheitern verurteilten Projekt mitzuwirken. In der Medienmitteilung der drei Stiftungsratsmitglieder wird verkündet, dass prioritär in den nächsten Monaten die Geschäftsstelle der Stiftung aufgebaut werden soll. Zuerst wird nun eine Geschäftsstelle, also ein Beamtenstab, eingesetzt, welcher kaum etwas bringt, aber über die Jahre wohl hohe Summen an Steuergeldern verschlingen wird, was bei solchen Staatsprojekten allerdings keine Überraschung ist. Faktisch soll mit dieser Gründung eine neue Verwaltungsabteilung in der Volkswirtschaftsdirektion geschaffen werden. Was – um Himmels willen – daran innovativ sein soll, das mag der geneigte Leser selber herauszufinden versuchen. Patrick Walder, Präsident

## Ringens um eine effektive und effiziente Armee

Unter dem Titel «Geopolitik 2015» beschreibt der «Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft» folgenden Sachverhalt: «Wir sind partiell oder vollständig mit failed states (Libyen, Syrien, Iran und Irak) konfrontiert. Islamisierung und Radikalisierung sind Ursachen und Begleiterscheinungen der Zerfallsprozesse, welche zunächst im Westen als arabischer Frühling missinterpretiert wurde.» Dieser Einschätzung kann man in Anbetracht der täglichen Nachrichten nur zustimmen. Das Horrorszenerario ist Realität geworden, die zerfallenden Staaten in Nordafrika und im Nahen Osten bilden das Einfallstor für die einsetzende Völkerwanderung junger Wirtschaftsmigranten nach Europa.»

Aber anders als beim «Fall der Mauern» war dieses Szenario vorzusehen und trotzdem befindet sich Europa – völlig überrascht und total überfordert – im hilflosen Zustand ungesicherter Aussengrenzen, derweil unsere Bundespräsidentin in Brüssel – selbstverständlich am Volk vorbei – für die Übernahme von Flüchtlingskontingenten bittet, über deren Grösse der Bundesrat selbstredend alleine entscheidet. Schöne Aussichten, liebe Leserinnen und Leser. Es wird nicht lange dauern, bis sich mit der Zwanderung infiltrierte Mitglieder des Islamischen Staates IS bemerkbar machen – dann Gnade uns Gott.

<sup>1</sup>Griechenland ist pleite und wird seine Schulden nie zurückzahlen können. Weitere Länder in Europa sind ebenfalls bankrott. Andere sind zwar nicht pleite, könnten es aber werden, wenn sie für die Pleite der anderen aufkommen müssen. In Anbetracht der oft zitierten Tatsache, dass es zwischen Ländern keine Freundschaften sondern nur Interessen gibt, ist ein ernster Konflikt niemals auszuschliessen. Der Kampf um Ressourcen und geostrategische Vormachtstellungen findet täglich, selbst in Europa, statt. Der Konflikt in der Ukraine ist nicht ausgestanden und die Gefahr eines Flächenbrandes auf Dauer nicht gebannt.

Ist die «Weiterentwicklung der Armee» (WEA), die in Tat und Wahrheit eine Halbierung der Armee darstellt, im Sinne des Schutzes der Integrität des Staatsgebietes der Schweiz und ihrer Bürger (Art. 58 II BV) die richtige Lösung? Der bekannte Militärpublizist Heinrich L. Wirz verneint diese Frage. <sup>2</sup>«Sowohl eine verbindliche Begriffsbestimmung Verteidigung als auch eine Doktrin fehlen. Letzteres ist angeblich vorhanden, aber nicht zugänglich. Die Verantwortlichkeit des Bundes für die Innere Sicherheit ist nicht klar geregelt. Der Verzicht

auf eine personelle Reserve ist unverantwortlich. Die Frage nach einem Generalstabschef, einer breiteren Armeespitze und einer einfacheren Führungsorganisation mit weniger Stäben anstatt Chef der Armee als Nadelöhr zum Vorsteher VBS ist unbeantwortet. Die beantragte Auflösung insbesondere von aktiven Brigaden und Bataillonen/Abteilungen und auch der Reserve ist milizfeindlich und militärisch-operativ ein Unsinn. Einerseits sollen die Führungsunterstützungsbasis und die Logistikbasis der Armee in einem übergeordneten Unterstützungskommando mit einem weiteren Korpskommandanten zusammengefasst werden. Andererseits ginge die Luftwaffe weiterer Teile verlustig (Fliegerabwehr) und würde dem neu vorgesehenen Kommando Operationen unterstellt und damit in fahrlässiger Weise herabgestuft etc. Die gesamte Vorlage gleicht einer brüchigen Fassade auf einem wackeligen Fundament.»

Nationalrat Adrian Amstutz meint in «Pro Militia»: **«Ohne gesicherte Finanzierung verkommt die WEA zum Papiertiger.** Die SVP ist klar der Meinung, dass die Armee zur Auftrags Erfüllung einen Bestand von 140'000 Mann und einen jährlichen Finanzrahmen von 5.4 Milliarden haben sollte.» Er trifft den Nagel auf den Kopf, aber in Anbetracht des weitverbreiteten militärischen Unwissens unter der Bundeshauskuppel ist von Einsicht leider wenig zu sehen.

Aber was können wir tun? Die Faust im Sack nützt niemandem etwas, aber Ihre Stimme an der Urne böte immerhin die grosse Chance, unser Land auch in der Asylpolitik und in der Stärkung unserer Armee wieder auf den richtigen Pfad zurückzubringen! Werden der Armee pro Jahr nicht mind. 5 Milliarden Franken zugesprochen, dürfte das grosse Engagement vieler Milizorganisationen obsolet werden. **Die klassische Kernaufgabe der Verteidigung hat prioritär im Vordergrund zu stehen, nämlich die Unversehrtheit des eigenen Hoheitsgebietes und seiner Bürger im Krisenfall!** So wird es nämlich von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land verstanden.

Es kommt einer Bankrotterklärung gleich, wenn die Armeeführung eingestehen muss, dass sie den Kernauftrag (Art. 58 II, BV), das Land zu verteidigen, nicht mehr erfüllen kann! **Der Gap zwischen Notwendigem und Realisierbarem ist derart angewachsen, dass eine glauwürdige Armee leider nur noch eine Fiktion darstellt.** So werden Bemühungen und Investitionen in eine Armee wirklich obsolet, die nur noch ein Abbild unserer (degenerierten?) Gesellschaft darstellt. Das Vertrauen ist m.E. verspielt, die politische und militärische Armeeführung haben versagt und müssten umgehend ausgewechselt werden. Neue Besen kehren besser! Peter Bosshard, Ehrenpräsident

<sup>1</sup> Sicherheitspolitische Information, September 2015 (Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft)

<sup>2</sup> Pro Militia Nr. 2/2015

# Ein «Innovationspark» auf dem Flugfeld von Dübendorf - wer will ihn und weshalb?

Gastkommentar von Silvio Kurmann

Klar ist, dass jede vitale Gesellschaft sich ständig verändert und daher Fakten und Zusammenhänge gezwungenermassen aus immer neuen Blickwinkeln betrachtet. Gewiss ist ebenso, dass jede Generation wieder Neues entstehen lassen darf und soll. Tut sie dies massvoll, mit Sorgfalt und ohne Verachtung für Mensch, Natur und Geschichte eines Ortes, kann es ihr gelingen, Vergangenheit und Gegenwart neu zu verbinden.

Konfrontiert mit der Fragestellung nach Sinn und Zweck sowie nach den Zielen und Absichten der Promotoren eines sogenannten «Innovationsparkes» finden wir leider keine rasche und eindeutige Antwort. Vielmehr könnten sich bei der Beschäftigung mit diesem Thema und der Suche nach Antworten bald weitere Fragen aufdrängen. So etwa die folgende: Sind die Protagonisten des bei Dübendorf geplanten «Innovationsparks» vielleicht vorwiegend an ihrer persönlichen Karriere interessiert? Nutzen sie dieses, in manchen Augen völlig überrissene Projekt, um sich zu profilieren und sich selber damit ein Denkmal setzen zu können oder folgen sie etwa gar einer «Hidden Agenda»?

Nun, ganz so einfach soll man es sich ja nicht machen. Auch wenn manches, wie z.B. die von den Wortführern verwendeten Worthülsen, diese eher verschleiern und beschönigen, mit kalter Arroganz ständig wiederholten, inhaltsleeren Begriffe, durchaus solche Vermutungen nahelegen könnten. Hilfreich könnte es daher sein, sich zunächst folgende, einfache Fragen zu stellen und zu schauen, ob die möglichen Antworten darauf etwas Licht ins Dunkel zu bringen vermögen:

- Können die Befürworter des Projektes ein umfassendes, nachhaltiges und überprüfbares Gesamtkonzept vorlegen? NEIN
- Gäbe es für die geplante Überbauung alternative Standorte bzw. Flächen vergleichbarer Grösse im Kantonsgebiet? JA
- Muss also die Zubetonierung zwingend auf dem Gelände des heutigen Militärflugplatzes von Dübendorf erfolgen? NEIN
- Setzt innovative Tätigkeit überhaupt eine als «Park» bezeichnete Grossüberbauung, von denen es im ganzen Land bereits genügend gibt, voraus? NEIN
- Sind für die Lösung der sich abzeichnenden Probleme, in der bereits heute stark verkehrsüberlasteten Agglomeration, klare, konkrete und realistische Konzepte vorhanden? NEIN
- Bliebe nach dem Endausbau des gigantischen

sogenannten «Innovationsparks» eine massvolle fliegerische Nutzung auf der allenfalls verbleibenden Restfläche des Flugplatzes auch längerfristig noch möglich? Eher NEIN

■ Beabsichtigen die Befürworter des von ihnen selber als Generationenprojekt bezeichneten Vorhabens, dieses dem Volk freiwillig zur Abstimmung zu unterbreiten, wie es doch in einer direkten Demokratie angezeigt wäre? NEIN

■ Machen die Verfechter ihres Prestigeprojektes klare und nachprüfbare Aussagen zu Naturressourcen oder zu landschaftlichen und ökologischen Aspekten? NEIN

■ Können die Befürworter und die politischen Instanzen verlässliche, einklagbare Garantien abgeben, dass die verbleibende Restfläche nicht einer weiteren, stückweisen Überbauung zum Opfer fällt und dadurch sowohl der Natur wie auch den Nutzungsmöglichkeiten künftiger Generationen entzogen würde? NEIN

■ Zeugen die bisherige Planung und politische Vorgehensweise im Projekt von Kenntnis und Respekt gegenüber Natur oder gewachsenen Strukturen sowie gegenüber den Leistungen früherer Generationen? NEIN

■ Wenn die heutige Armeeführung glaubt, auf den Militärflugplatz Dübendorf verzichten zu müssen, können wir angesichts der stets instabilen, unsicheren weltpolitischen Lage sicher sein, dass diese freie Fläche als strategische Reserve für den Bereich Bevölkerungsschutz und Landesverteidigung sich in naher oder ferner Zukunft nicht als von unschätzbarem Wert erweisen würde? NEIN

Bereits die Antworten auf diese wenigen Fragen müssen stutzig machen und führen wieder zurück zur Eingangsfrage.

Was also wollen sie wirklich, diese Maniacs, die jeglichen Respekt vor der Geschichte vermissen lassen und die sich in ihrem Eifer füttern um alles Gewachsene, um das Besondere eines Ortes? Sind es vielleicht nur einige wenige, die Besonnenheit und Augenmass verloren haben, aber umgeben sind von den flinken Mitläufern, die den Verheissungen der Masslosigkeit nicht widerstehen können und die nun auch «das Neue» in Form von respektlosem, ja gewalttätigem Verbauen propagieren?

Wenn aber der Respekt vor dem Vergangenen fehlt, kann Neues niemals gelingen! Es wird dann bestenfalls ein weiterer Ort ohne Seele, ohne Integration geschaffen und dem geschichts- wie

gesichtslosen, urbanen Einheitsbrei hinzugefügt. Und während damit einige partikuläre Interessen befriedigt werden, dürften sowohl die Mehrzahl der ansässigen Menschen wie auch die Natur zu den Verlierern gehören!

Wann, so möchte man zum Schluss noch fragen, haben diese Leute genug freies Land überbaut; erst wenn auch der allerletzte Rest Landschaft verschandelt und unheilvoll mit Beton versiegelt ist? Eine abschliessende Antwort auf diese Frage werden vielleicht erst künftige Generationen geben können.

Dann, wenn dereinst der zerstörend erneuernde Wahn auch über das Flugfeld von Dübendorf hinweggegangen sein wird. Allerdings werden die heutigen Verursacher von Landschafts-Verheerung, dann kaum mehr zur Rechenschaft gezogen werden können.

*Der Verfasser des Gastkommentars ist in Dübendorf aufgewachsen, war viele Jahre in verschiedenen Funktionen auf dem Flugfeld tätig und verfolgte stets auch die dortige Entwicklung von Flora und Fauna.*

## Angst vor dem mündigen Bürger

aus dem Anzeiger von Uster

Die Argumentation der Befürworter einer grossflächigen Zubetonierung des Flugplatzes Dübendorf könnte in der Tat widersprüchlicher nicht sein. Da ist von behördlicher Seite von einem Generationenprojekt die Rede und andererseits glaubt Thomas Vogel, Jurist aus Illnau-Effretikon (FDP) – in offensichtlicher Unkenntnis der Sachlage – im Anzeiger von Uster vom 28. August behaupten zu müssen, dass ein kleiner Teil des Areal für einen Innovationspark genutzt werden kann, sei weder von grundlegender Bedeutung für den Kanton Zürich, noch tangiere es die allgemeinen Lebensgrundlagen der Menschen im Sinne der Verfassung. Ist es Versehen, Irrtum oder Kalkül, wenn ein Politiker solche falschen und verharmlosenden Aussagen verbreitet? Es sei darum diesem Ständeratskandidat Noser emsig nacheifernden FDP-Politiker dringend geraten, die Fakten genauer zu studieren und sich an diese zu halten, denn:

Die eingezäunte Flugplatzfläche umfasst lediglich 167 ha, auch wenn immer wieder die Zahl von 230 ha kolportiert wird. In diesen oft zitierten 230 ha sind nämlich der Waffenplatz, das Fliegerärztliche Institut, die Radaranlage auf dem Wangener Berg, der Schiessplatz etc. enthalten, die nicht vom geplanten Innovationspark betroffen sind. Die 72 ha für den Innovationspark entsprechen deshalb rund 43% der eingezäunten Flugplatzfläche. Wer jetzt von einem kleinen Teil des Areals redet, weiss nicht, wovon er spricht. Rechnet man dann noch die 26 ha dazu, die vom zivilen Flugplatzbetreiber zum Ausbau der fliegerischen Aktivitäten benötigt werden, entsprechen die total 98 ha bereits rund 59% der eingezäunten Flugplatzfläche.

Man könnte getrost zurücklehnen, denn die Behörden entlarven sich hinsichtlich der künftigen Flächennutzung in den Erläuterungen zum Richtplan ja gleich selbst. Das nachzulesen würde manchen Bürgern die Augen öffnen. Es heisst darin unter Abs. 11: «Das Flugplatzareal Dübendorf verfügt über eine enorme Fläche, die nicht nur weitreichende Möglichkeiten in einer ersten Etappe eröffnet, sondern auch allfällige Erweiterungen in ferner Zukunft ermöglicht.» Die Horror Vision ist also kein Hirngespinnst, sondern der Innovationspark soll, geht es nach dem Willen von NR R. Nosers und seinen Adlaten, dereinst tatsächlich zum wuchernden Krebsgeschwür in der Region werden.

Die letzte grüne und strategische Landreserve des Kantons wird damit endgültig und irreversibel zerstört. Es fragt sich nun, warum denn solche Politiker ihr «wunderbares Generationenprojekt» das zwar für 25'000 Menschen Wohn- und/oder Arbeitsplätze bieten soll, das aber ohne taugliches Verkehrskonzept da steht, nicht dem Stimmbürger vorlegen wollen? Ist es pure Angst vor dem mündigen Bürger? Peter Bosshard

## Niemand ist verantwortlich

Anlässlich der Schweizerischen Unteroffizierstage (SUT 2015) am 29. August in Hinwil hielten u.a. Bundesrat Ueli Maurer und der Chef der Armee, KKdt André Blattmann, im Festzelt eine Ansprache zu den Teilnehmern und Gästen. Da war es höchst spannend, vom CdA zu hören, dass man die WEA nun zügig vorantreiben und die bestehenden Mängel raschmöglichst beheben muss. Dann sagte er den anwesenden Unteroffizieren und Offizieren, **«Ich weiss, Sie sind dafür nicht verantwortlich – ich auch nicht.»**

Nachdem die Verdauung der Sätze auf der Toilette neben dem Festzelt ihre Fortsetzung fand, machte nicht ganz unerwartet die Frage die Runde, wer denn sonst – ausser der Armeeführung – wohl für den desolaten Zustand unserer Armee verantwortlich sei? Sind es wirklich die Parlamentarier, die das notwendige Geld nicht freimachen wollen oder ist es die schwache Armeeführung, die das Volk partout nicht über die schweren personellen und materiellen Mängel aufklären will? Eine Führung, die das Volk über den wahren Zustand unserer Landesverteidigung zur Erfüllung ihrer Kernkompetenz Art. 58 BV bewusst im Unklaren lässt, gehört ausgewechselt! PB



### Impressum

Postfach, CH-8600 Dübendorf  
Postkonto: 80-47799-0  
E-Mail: [info@forum-flugplatz.ch](mailto:info@forum-flugplatz.ch)  
Internet: [www.forum-flugplatz.ch](http://www.forum-flugplatz.ch)

Redaktion / Layout: Peter Bosshard (PB)  
Druck: Crivelli Druck AG

Auflage: 1000 Exemplare

## Randbemerkung zur WEA

von **Pro Militia** / 2. März 2015 / Argus

Diktatur, Maulkorb oder Ehrensache? Die Leiterin der Bundeshausredaktion der «Zentralschweiz am Sonntag», Eva Novak, hat es an den Tag gebracht: Der Chef der Armee liess von all seinen höheren Stabsoffizieren eine schriftliche Loyalitätserklärung zur sogenannten Weiterentwicklung der Armee (WEA) unterschreiben. Natürlich wurde niemand zur Unterschrift gezwungen. Aber: Zu unterschreiben galt als Ehrensache.

Die Reaktionen auf diesen «Kraftakt» waren kaum positiv. Politiker sprachen von abverlangtem Kadavergehorsam, von einem höchst problematischen Disziplinierungsversuch, ja selbst sehr bürgerliche Politiker nahmen das Wort «Nötigung» in den Mund. Und sie waren überdies der Ansicht, es sei kontraproduktiv, Korpskommandanten, Divisionäre und Brigadiers vorzuführen.

Ein bürgerlicher Nationalrat sprach gar von blankem Unsinn. Es scheint, dass die Armeespitze aus der Vergangenheit nichts gelernt hat. Die Armee XXI und der Entwicklungsschritt 2008/11 wurden ohne Rücksicht auf Verlust durchgeboxt. Wer sich kritisch äusserte, musste gehen. So wurde damals einer der fähigsten höheren Stabsoffiziere, Korpskommandant Jacques Dousse, in die Wüste geschickt. Und was kam heraus? Fehlentwicklungen sondergleichen, die man leider mit unredlichen Methoden der Vasallentreue beim Parlament und selbst in der Volksabstimmung durchdrücken konnte. Die VBS-Spitze übersieht allerdings etwas ganz Entscheidendes: Es gibt eine Loyalität zur Hierarchie und eine Loyalität zur Armee und zum Land. Dazu ein Beispiel: Im Vorfeld der Armee 61 tobte in allen Medien ein heftiger Kampf der Meinungen über die künftige Ausgestaltung der Armee. An der Spitze der EMD-Meinungsführer stand damals Korpskommandant Georg Züblin. Er und das EMD vertraten die Auffassung, die künftige Armee müsse eine rein mechanisierte sein. Als Rufer in der Wüste und Opponent trat der damalige Divisionär (und spätere Korpskommandant) Alfred Ernst auf. Er kämpfte wegen unseres Geländes für die Beibehaltung namhafter Infanteriekräfte und konnte dies auch begründen. Ernst wurde illoyales Verhalten vorgeworfen und er sah sich aufs Übelste diffamiert. Auch ihm wollte man einen Maulkorb verpassen. Er aber liess sich nicht klein kriegen. Zum Glück fand sein Anliegen in der Politik Gehör. Die Armee 61 wurde eine Mischung aus Infanterie und mechanisierten Kräften.

Winkelriede wie einst Alfred Ernst fehlen heute. Dabei weist die WEA erhebliche Mängel auf. Man hat schon andernorts feststellen müssen: Je schwächer eine Reform ist, desto massiver werden zu ihrer Durchsetzung drakonische Massnahmen angewandt. Entspricht dies unserem schweizerischen Demokratieverständnis? Diese Frage an die Adresse des VBS sei gestattet meint Argus von «**Pro Militia**».

### Absturzgefährdete Armeereform

«Always expect the unexpected», dies hat sich mit der Gesamtabstimmung zur Armeereform im Nationalrat wieder einmal bewahrheitet (NZZ vom 19.6.15). Dies müsste den Verfechtern der «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) zu denken geben, denn genau so verhält es sich mit dem Kernauftrag der Armee: Diesen Kernauftrag kann die Schweizer Armee längst nicht mehr erfüllen. Bereits seit über zwanzig Jahren eilt das VBS von Armeereform zu Armeereform, ohne seine Hausaufgaben gelöst zu haben. Nun hat der Nationalrat zumindest einmal Einhalt geboten. Es ist verfehlt, von einer «unheiligen Allianz» zu sprechen; eine «heilige Allianz» mit bürgerlichen Elementen und gütiger Unterstützung der linken Mitte und dem Beifall der Linken

hat diesen Scherbenhaufen verursacht. Die Armee ist auf gutem Wege, sich selber abzuschaffen, und die SP wird ihr Ziel erreichen, dank der unsäglichen schweizerischen Diskordanzpolitik. **Beda Düggelin**, Zürich

### Wahlempfehlung für die Nationalratswahlen

Leider ist die Streichung des Auftrages der Armee im Flüchtlingswesen nicht das einzige Beispiel für die Entbindung der Armee von einer Aufgabe. Die Armee ist sogar von ihrem wichtigsten Auftrag entbunden worden – der Kriegsverhinderung und der Verteidigung von Land und Bevölkerung. Sie muss nur noch ein theoretisches Know-how, wie man die Schweiz allenfalls verteidigen könnte, erhalten. Damit erfüllt die Armee ihre Aufgabe gemäss Art. 58 II BV nicht mehr. Bundesrat und Parlament haben es aber nicht für nötig befunden, das Volk über die Aufgabe der Verteidigungsfähigkeit entscheiden zu lassen. Bundesrat und Parlament wollen mit der angeblichen Weiterentwicklung der Armee einen offenkundigen Verfassungsbruch begehen und müssten dafür vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist leider nicht möglich. Möglich ist aber eine Nicht-Wiederwahl aller linken und grünen Armeegegner und aller bürgerlichen Parlamentarier, deren Sprüche über eine befürwortete starke Armee nur elende Lippenbekenntnisse sind, am 18. Oktober 2015 (Wahlen). Die unehrlichen bürgerlichen Politiker, welche die Landesverteidigung nur vordergründig unterstützen, in Wirklichkeit die Armee aber kaputt sparen, verdienen ihre Abwahl weit mehr als die linken und grünen Politiker, welche zu ihrem Standpunkt stehen.

**Dr. Rudolf P. Schaub**, Walchwil

### Verdichtet durch weitere Zubetonierung

Etliche politisch einflussreiche Leser werden nicht müde, sich für einen sogenannten Innovationspark einzusetzen. Sie wollen ihn in den militärischen Flugplatz Dübendorf zwängen. Dass dadurch noch mehr Stau und Überfüllung der Strassen und der S-Bahn im mittleren Glatttal die Folge sein dürfte, scheint sie nicht zu stören. Dabei ist die ganze Schweiz jetzt schon überbevölkert und über-industrialisiert. Wollen wir denn auch noch die Gletscher urbanisieren? Neuerdings macht zudem das Schlagwort vom verdichteten Bauen die Runde. Man glaubt, dadurch mehr Freiräume frei halten zu können. Aber nicht nur die Bevölkerung wird dadurch verdichtet, sondern auch das Strassennetz, Schienenstränge usw. Die ganze Infrastruktur muss vergrössert werden, und man muss auch neue Arbeitsplätze, Lagerhäuser usw. bauen. Verdichtet durch weitere Zuwanderung?

Gerade wer die menschliche Verhaltensforschung oder Ethologie kennt, wundert sich. Der Mensch braucht zur Aufrechterhaltung seines innerseelischen Gleichgewichts doch auch ein gewisses Mass unverbautes Land zur Naherholung. Haben wir denn noch zu wenig Süchte, Krawalle, Verbrechen, Persönlichkeitsstörungen, Neurosen, Aufismen, Asperger-Syndrome usw.? Soll die Entwicklung noch angeheizt werden? **Jean-Jacques Hegg**, Dübendorf, Alt-National-, Kantons- und Gemeinderat

**In der Schweiz wird pro Tag eine Fläche von elf Fussballfeldern zubetoniert. Das entspricht im Jahr der Fläche des Brienersees.**

## Keine Halbierung der Schweizer Milizarmee

Die NZZ vom 26. August 2015 suggeriert, dass die SVP Unterstützung für die erneute Steuerung der Armee durch die Finanzen leisten wird. Ich bin erschüttert! Es darf doch nicht sein, dass die einzige bürgerliche Partei, welche sich für den Erhalt der Milizarmee eingesetzt hat, nun einknickt.

Es geht um Grundsätzliches! Der Souverän hat am 18. Mai 2003 einer Armee mit 140'000 Aktiven und 80'000 Reserve, beide voll ausgerüstet, zugestimmt. Die Umsetzung ist nicht erfolgt. Nach einem halben Jahrzehnt Führung Maurer/Blattmann können wir – als einziges Beispiel – die Armee immer noch nicht mit einer neuen Mobilmachungs-Organisation aufbieten. Die übrigen Mängel, welche die Armee-Spitze längst hätte korrigieren können, will ich in diesem kurzen Artikel nicht nochmals gebetsmühlenartig wiederholen.

Die WEA-Armee basiert auf dem SIPOL 2010 und dieser ist längst überholt. Wir haben Krieg in Europa! In der Ukraine, und seit kurzem finden Kämpfe in der Türkei statt. Die Migrations-Ströme werden massiv zunehmen. Die Ereignisse in Griechenland/Mazedonien/Ungarn sind aktuelle Beispiele. Finnland, Norwegen, Schweden, aber auch Deutschland rüsten auf. Diese Länder haben die Zeichen der Zeit erkannt. Es kann doch nicht sein, dass die Schweiz ihre ohnehin schon geschrumpfte Armee nochmals halbiert.

Die WEA-Armee hat schlicht und einfach zu wenige Truppen; sie kann ihren Auftrag gemäss BV, Art. 58, nicht erfüllen. Die WEA-Armee ist das Ende der MILIZ-ARMEE! Stellen Sie sich das Gerangel unter den Berufsoffizieren für die verbleibenden Kp und Bat vor! Jeder fähige und zur Weiterausbildung vorgeschlagene Subaltern-Offizier wird sich die militärische Karriere mehrfach überlegen – ganz einfach ob er, als Karriere-Futter für die Berufsoffiziere dienen will. Die WEA-Armee ist der Tod des Milizarmee-Konzeptes und ein weiterer Schritt in Richtung Berufs-Armee von 20'000 Mann, wie von den Herren Keckeis, Arbenz und Maudet am 17. Januar 2011 propagandiert. Schleichender NATO-Beitritt!

Wollen Sie ins neue Parlament gewählt werden? Ich bitte Sie dringend, die WEA-Armee abzulehnen. Es kann und darf nicht sein, dass der Beschluss der SP, nämlich die Miliz-Armee abzuschaffen, weiter an Boden gewinnt.

**Willy P. Stelzer**, gedienter Offizier und besorgter Bürger

## Sicherheitspolitische Irrfahrt!

Nachdem unsere Politik über Jahre hinweg «Friedensdividenden» in ungerechtfertigter Höhe konsumiert hat, setzt der Bundesrat in grober Missachtung unserer Verfassung und mehrerer Parlamentsbeschlüsse zu einem weiteren Kahlschlag beim Armeebudget an. Das muss im Lichte der aktuellen weltweiten sicherheits- und geopolitischen Veränderungen und der damit einhergehenden Unwägbarkeiten sowie im Zusammenhang mit der sich im Parlament befindlichen WEA-Vorlage als fahrlässig und verantwortungslos bezeichnet werden.

Das VBS bzw. unsere Armee hat in den vergangenen Jahren – die Schmerzgrenze überschreitend – wiederholt echte Sparbeiträge geleistet. Dies im Gegensatz zu allen anderen Departementen, deren Ausgaben laufend zugenommen haben, lediglich etwas geringer als geplant. Dies als echtes Sparen zu bezeichnen, ist unredlich. Die eklatante, durch nichts zu rechtfertigende Ungleichbehandlung ist ein politischer Skandal. Sie hat u.a. zur gravierenden Folge, dass unsere laufend einer anspruchsvollen Transformation unterzogene Landesverteidigung seit Jahren über keine

Planungssicherheit mehr verfügt. Das führt in jeder Organisation zwangsläufig zu Schwierigkeiten. Bundesrat und Parlament stehen für diese unsägliche «Hüst und Hott»-Politik in der Verantwortung.

Der geplante erneute Abbau beim VBS gefährdet unseren bewährten «Sicherheitsverbund Schweiz für Schutz, Rettung und Verteidigung» existentiell. So dürfte z.B. die Beschaffung eines nächsten Kampfflugzeugs in einer ausreichenden Stückzahl aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich sein. Das wäre das Ende einer glaubwürdigen schweizerischen Landesverteidigung. Denn es gibt, das haben alle Krisen und militärischen Konflikte der jüngeren Geschichte eindrücklich belegt, keine Sicherheit am Boden ohne die Unterstützung durch eine leistungsfähige Luftwaffe!

Eine rasche und nachhaltige Korrektur dieser für die Sicherheit und Souveränität unseres Landes unakzeptablen Fehlentwicklung ist deshalb zwingend! Denn Einsatz, Unterhalt und Weiterentwicklung einer verlässlichen Armee lassen keine weiteren Druckknopfübungen, wie sie sich unser Bundesrat in den vergangenen Jahren mehrmals leistete, zu. Das kann nicht im Interesse unseres Landes liegen und darf deshalb fairerweise auch unseren, in einem Ernstfall dienenden Milizsoldaten nicht länger zugemutet werden.

Unserer Exekutive sei in diesem Zusammenhang auch in Erinnerung gerufen, dass sie mit einer nächsten VBS-Sparübung ihre einzige strategische Reserve, über die sie in einem grösseren Krisenfall verfügt, ein weiteres Mal substanzuell schwächt. **Konrad Alder**

## Aus «Beda Düggelins täglichen Gedanken»

Im VBS und in der Politik «fehlt die differenzierte Auseinandersetzung und folglich auch die dringend benötigte Führung» für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik. Die 4. Reform in 20 Jahren oder die Beschaffung von Transportflugzeugen spricht Bände. Den maroden Laden auszumisten, ist Aufgabe der Politik, schreibt Gil Wittwer in der NZZ. Wir können es uns nicht länger leisten, im VBS und in der Politik «weiterzuwursteln» und die motivierten jungen Kräfte in der Armee, welche die Zeichen der Zeit längst erkannt haben, verdorren und im Regen stehen zu lassen. Zudem ist es fahrlässig, die Armee mit jährlich knapp 5 Milliarden Franken zu alimentieren und damit den Armeeauftrag in keiner Weise erfüllen zu können! Die Schweizer Bürger werden an der Nase herumgeführt und diese wiegen sich in falscher Sicherheit.

Nun gilt es endlich, eine schweizweite Aufklärungskampagne zu lancieren und den Souverän ins rechte Bild zu setzen, und dieses Bild sieht wahrhaftig schlimm aus! Da werden den meisten Schweizerinnen und Schweizerinnen die Augen aufgehen! Die SVP muss die Gelegenheit nutzen, ihrer Initiative «Schweizer Recht vor fremden Richtern» noch das entscheidende Element «Schweizerische Neutralität und Sicherheitspolitik» beifügen. **Beda Düggelin**

**Wollen wir das? NEIN!**

**«Mit einer Gliederung in die Bereiche Einsatz, Ausbildung und Unterstützung werden das Heer und die Luftwaffe aufgelöst und in die neuen Kommandostrukturen integriert.»**

**Quelle: WEA - Unsere Schweizer Armee von morgen. VBS, August 2014.**

# Russland – USA: Krieg oder neue Détente?

Roman Berger / 14. Jun 2015 / [www.infosperber.ch](http://www.infosperber.ch)  
**Der Ukraine-Konflikt ist ein Stellvertreterkrieg USA / Russland.  
Erste Schritte zur Entspannung müssen vom Westen kommen.**

Die Warnung hat aufgeschreckt: Russland und die USA könnten unbeabsichtigt in einen Krieg «stolpern». Sie stammt nicht von apokalyptisch gestimmten Randfiguren, sondern von zwei prominenten Amerikanern, die in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt sind. In einer viel beachteten Analyse vergleichen Graham Allison (Harvard-Universität) sowie der bekannte Politologe und gebürtige Russe Dimitri Simes die Ukraine-Krise mit der Kuba-Krise.



Die Ukraine in der Nato oder nur schon als mögliches Nato-Mitglied, so geben die Autoren zu bedenken, könnte Russland ebenso provozieren wie seinerzeit die sowjetischen Raketen auf Kuba die USA. Allison und Simes sind überzeugt, die USA und der Westen missachteten mit ihrer Ukraine-Politik Russlands Sicherheitsinteressen (Russia and America. Stumbling to War. The National Interest. 20. April 2015).

## Die Spannungen begannen schon vor dem Ukraine-Konflikt

In der medial aufgepeitschten Debatte über den Ukraine-Konflikt wird übersehen, dass die Annexion der Krim und der Bürgerkrieg im Osten der Ukraine die Krise nur verschärft haben. Ursachen für die Entfremdung zwischen Russland und den USA sind schon früher auszumachen, sie liegen bei den unterschiedlichen innen- und aussenpolitischen Zielen und Vorstellungen der Regierungen in Washington und Moskau. (Fehler im Betriebssystem. Hannes Adomeit. Die russisch-amerikanischen Beziehungen. Osteuropa 9.2013)

Zuerst ein Blick auf die USA. In der aussenpolitisch interessierten US-Öffentlichkeit herrscht schon seit Jahren eine russlandkritische Haltung, die je nach Anlass in russlandfeindliche Stimmungen umschlägt. Zum Beispiel die Entscheidung des Kreml, Snowden Asyl zu gewähren, hatte in Washington den Ruf nach Strafmassnahmen ausgelöst. Obama musste sich im Verhältnis zu Russland «tough» zeigen und sagte ein für September 2013 geplantes Gipfeltreffen in Moskau ab. Schon damals glaubten führende Politiker wie Senator John McCain und Kommentatoren, Russland könne man einfach die kalte Schulter zeigen, am besten ignorieren. «Es ist sinnlos, noch mehr Zeit mit Putin zu verschwenden» (Thomas Friedman, New York Times. 14. August 2013).

## Kritik an Russland – ein Ventil für Washingtons Inkompetenz

Die russisch-amerikanischen Beziehungen seien zu einem Spielball der US-Innenpolitik geworden, glaubt Thomas Graham. Der Russlandexperte und ehema-

lige Präsidentenberater hat den Verdacht: «Amerikaner greifen Russland immer vehementer und giftiger in dem Mass an, wie ihre Frustration mit der politischen Dysfunktionalität in Washington und der Inkompetenz der US-Aussenpolitik wächst. Mit anderen Worten, die Intensität der Kritik hat weniger mit Russlands Verhalten als mit Amerikas ungenügenden Fortschritten zu tun, seine eigenen Mängel zu beheben.» (New York Times. 22. 8. 2013).

Aussenpolitik spielt in den Politdebatten der USA selten eine wichtige Rolle. Im jetzt beginnenden Präsidentschaftswahlkampf könnte der «Bösewicht» Putin aber den Republikanern als Symbol für die Schwäche von Obamas gesamter Aussenpolitik gelegen kommen.

## Gegenseitiges Hochschaukeln

Das «Russia bashing» in den USA dürfte auch den Falken im Kreml willkommen sein. Die amerikanischen Hardliner und russischen Silowiki (die Vertreter der Militärs und Geheimdienste) spielen sich gegenseitig in die Hände. Auf die Sanktionen und Einreisesperren der USA und der EU hat Putin nicht mit Nachgeben, sondern mit Gegensanktionen und eigenen Listen von nicht mehr erwünschten Personen reagiert. Obamas Hoffnung, Russland zu isolieren, hat sich als Wunschdenken erwiesen. China, Brasilien, Indien, Südafrika und andere nicht westliche Staaten denken nicht daran, Washingtons und Brüssels Isolationsstrategie zu folgen.

Der neue Kalte Krieg verspricht lang zu werden. Das ist auch in Europa zu spüren. Die geistige Landschaft ist vergiftet. Als vor einigen Monaten sechzig prominente ehemalige Politiker, Diplomaten und Künstler in einem offenen Brief in der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit» anmahnten, Russlands Sicherheitsinteressen ernst zu nehmen, es nicht medial zu dämonisieren und aus Europa herauszudrängen, mussten sie sich in einem Gegenaufruf von über hundert Osteuropahistorikern als Diktatorkollaborateure und Verräter an fundamentalen europäischen Werten wie Freiheit und Recht abstrafen lassen.

## Die verhängnisvolle «Transition Theory»

Zu den Unterzeichnern des Gegenaufrufs gehören auch viele Russlandhistoriker, die ihre alte Liebe zu Russland plötzlich als Irrtum entdecken. Sie waren Anhänger der sogenannten «Transition Theory». Diese Theorie, sie war zur Analyse des post-sowjetischen Systems entwickelt worden, stellte die These auf, Politik und Wirtschaft des gesamten postkommunistischen

Raums von der Oder bis zur Beringstrasse würden sich der euro-atlantischen Norm angleichen. In den Ländern Ostmitteleuropas entwickelten sich tatsächlich Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaat sowie eine autonome Zivilgesellschaft. In Russland jedoch kam alles ganz anders.

«Russia got lost in transition», so hat die bekannte russische Politologin Lijla Schewzowa ihre Enttäuschung formuliert. Schon unter Präsident Jelzin, vor allem aber unter Putin habe Russland «eine falsche Richtung» eingeschlagen. Statt ein demokratisches System habe sich ein autoritäres Regime herausgebildet, das «System Putin». Dass sich Russland (und der übrige postsowjetische Raum) nicht an die Prämisse der «Transition Theory» gehalten hat, wirft aber auch grundsätzliche Fragen auf. Warum hat Russland den «falschen Weg» eingeschlagen? Oder anders gefragt, können Transformationsprozesse nur in einer, das heisst der vom Westen bestimmten Richtung verlaufen?

### Seit Jahrhunderten auf einem «anderen Weg»

Die an der Universität Zürich lehrende Osteuropa-Historikerin Nada Boskovska macht darauf aufmerksam, dass Russland schon seit Jahrhunderten einen «anderen Weg» eingeschlagen hat und deshalb im Westen auf Antagonismus und Misstrauen stösst. Den Anfang sieht Boskovska im religiösen Gegensatz zwischen der Ost- und der Westkirche, der im Mittelalter für tiefgreifende kulturelle und geistesgeschichtliche Unterschiede und gegenseitige Feindseligkeiten sorgte. «In historischer Perspektive war der Kalte Krieg nichts anderes als die besonders ausgeprägte Form eines älteren Phänomens: des Gegensatzes zwischen dem Westen und Russland.» Mit dem Zerfall der Supermacht UdSSR und dem Ende des ideologischen Gegensatzes habe sich das kurzfristig geändert. Weil das Russland der 90er Jahre kein potenter Feind mehr gewesen sei, habe es vorübergehend sogar Sympathie genossen. Das habe sich mit Putin geändert, der für sein Land den traditionellen Grossmachtsanspruch wiederbelebt habe. «Seitdem heisst der Gegner wieder Moskau und die alten Feindbilder werden hüben wie drüben gepflegt.» (Unser liebster Feind. Tages Anzeiger. 30. Oktober 2014)

Was in der Ukraine spätestens seit der Annexion der Krim stattfindet, ist ein Stellvertreterkrieg. Auf der einen Seite stehen die ukrainische Armee und die «Frei-

willigenbataillone», die von den USA und ihren Verbündeten unterstützt werden. Auf der anderen Seite die Aufständischen, die sich auf die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine stützen sowie auf russischen Beistand, der sich als «humanitäre Hilfe» ausgibt.

Wie lange wird dieser Stellvertreterkrieg dauern? In den USA dominieren zur Zeit die Falken – in den Lagern der Republikaner und der Demokraten. Putin seinerseits kann sich hinter einer weiterhin hohen Zustimmung in der Bevölkerung für seine Ukraine-Politik verstecken. Pragmatische Stimmen fordern deshalb, der Westen müsse mit ersten Déescalationsschritten anfangen.

### Détente plus: Gleichzeitig Gegner und Partner

Das fordert der bekannte ehemalige amerikanische Sicherheitspolitiker Leslie H. Gelb. Er verlangt einen nüchternen Neuanfang der Beziehungen mit Russland, die er als «Détente plus» bezeichnet (The National Interest. Russia and America: Toward a New Détente. 9. Juni 2015). Russland dürfe nicht mehr als Feind, sondern müsse in einer «Kombination gleichzeitig als Gegner und Partner» gesehen werden. Eine «Détente plus» könne jedoch nur erfolgreich sein, wenn der Westen Russland wieder als Grossmacht anerkenne, die reale und legitime Interessen habe. Eine «Détente plus» setzt aber auch ein neues Russland-Bewusstsein in der politischen Elite der USA voraus.

Deshalb stellt Gelb den Lesern seines Beitrages eine zentrale Frage: «Stellen Sie sich vor, die USA hätten den Kalten Krieg verloren. Nur zur Erinnerung und zum Vergleich: Denken Sie an Amerikas Trauma nach der Niederlage im Vietnamkrieg oder an die über Jahre dauernden sinnlosen Kämpfe in Afghanistan und Irak. Dennoch haben die meisten Amerikaner absolut keine Ahnung, was das viel grössere Trauma für Russen bedeutet, die nach der bitteren Niederlage im Kalten Krieg den sofortigen Vorstoss der Nato bis an Russlands Grenzen über sich ergehen lassen mussten. Diese tiefen Schocks sind zentral, um die jüngsten russischen Provokationen des Kreml zu ergründen. Gleichzeitig geben sie uns auch den Schlüssel dafür, wie wir ihnen zu begegnen haben. Wir müssen Russlands Geschichte seit dem Fall der Berliner Mauer kennen, nicht um Putins Politik zu rechtfertigen, aber um sie zu verstehen.»

### Task Force Flugplatz Dübendorf

Das Forum Flugplatz Dübendorf ist im vergangenen Jahr als Initiant und Mitgründer aus der Task Force Flugplatz Dübendorf ausgetreten. Ursache dafür sind die unterschiedlichen Auffassungen über die Strategie hinsichtlich Innovationspark und aviatischer Nutzung. Während sich früher alle Mitglieder der TF für eine militär-/zivilaviatische Mischnutzung mit Werkflugplatz ausgesprochen und auch speziell eine Studie erstellt haben, akzeptieren und unterstützen heute dieselben Mitglieder den Bundesbeschluss vom

August 2014 für den Bau eines Innovationsparks und die Auslagerung von Bereichen der Zivilaviatik von Zürich-Kloten nach Dübendorf. Dieser Kehrtwende kann sich das Forum nicht anschliessen und bedauert diesen Gesinnungswandel ausserordentlich. Wer den Sachverhalt seriös verfolgt, muss zum Schluss kommen, dass der Innovationspark über kurz oder lang zum Stolperstein für jede aviatische Nutzung auf dem Flugplatz wird. Es macht eben Sinn, wenn der Bund den Baurechtsvertrag mit der Flughafen AG auf 30 Jahre beschränken will (ursprünglich war von 20 Jahren die Rede!), man muss es nur richtig verstehen.

### Begriffsverwirrung auf höchster Ebene

Am 18. November 2013 hat der Chef der Armee die Vertreter der militärischen Verbände mit einem neuen Begriff «Verteidigung» überrascht: «Verteidigen» heisst für ihn «Helfen» – «Schützen» – «Retten».

Diese Interpretation ist unzulässig. In der Verfassung steht «Verteidigung» als eigenständiger Begriff. Die subsidiären Einsätze des «Helfens und Schützens» sind unter dem Begriff «Unterstützung der zivilen Behörden» aufgeführt, bzw. unter «weitere Aufgaben, die das Gesetz vorsehen kann». Eine Vermischung dieser Begriffe ist deshalb in höchstem Masse verfassungswidrig.

#### Was heisst verteidigen?

Im Duden «Richtiges und gutes Deutsch» ist als erste Bedeutung ausgeführt: «Gegen Angriffe schützen; Angriffe von jemandem, etwas abzuwehren versuchen». Dann folgt eine Reihe von konkreten Beispielen, u.a.:

- sein Land, eine Stadt, die Festung verteidigen
- seine Freiheit, die Demokratie verteidigen
- sein Leben verteidigen
- usw.

Und das Lexikon Wikipedia sagt zur Landesverteidigung der Schweiz: «Raumsicherung und Landesverteidigung ist der Kernauftrag der Armee. Die Armee soll das Territorium der Schweiz sichern und verteidigen. Dazu setzt die Schweiz auf die abschreckende Wirkung (Dissuasion) der ständigen Kampfbereitschaft der Schweizer Armee. In diesem Zusammenhang wird der Begriff des hohen Eintrittspreises verwendet, den ein potentieller Angreifer zahlen müsse, wenn er die Schweiz angreife, das Territorium zu besetzen oder den Durchmarsch zu erzwingen versuche».

Da kann man nur staunen über die Sprachverwirrung und Missdeutung der Verfassung auf oberster Stufe. Das meint zumindest Argus.

### Eine schonungslose Konfrontation mit den wesentlichen Fakten

Unser Referent anlässlich unserer Generalversammlung im Mai 2014, Herr Dr. Rudolf P. Schaub bringt es in seiner neuesten Schriftenreihe wahrlich auf den Punkt: [Eine Armee, der «Hauptsysteme» [wie 12cm Minenwerfer bzw. Mörser, Panzerabwehr-Lenk Waffen für mittlere Schussdistanz (750 Meter), Fahrzeug- und Panzerminen, Artillerie, Fliegerabwehrmittel und eine hinsichtlich Qualität und Quantität ausreichende Luftwaffe für den Verteidigungsfall fehlen, kann entgegen der Meinung von KKdt A. Blattmann nicht über «beachtliche Fähigkeiten zur Abwehr eines militärischen Angriffs» verfügen. Deshalb geht die Armee in ihrer (neuen) Doktrin davon aus, dass die Schweiz nicht mehr «verteidigungsfähig» ist, sondern sich nur noch darum bemüht, die nötige (theoretische) «Verteidigungskompetenz» bzw. das erforderliche «Verteidigungs-Know-how» zu erhalten, Curtenaz/Curit/Lanz/Rieder/Abegglen sprechen von der «Überführung der Verteidigungsfähigkeit in eine Verteidigungskompetenz» mit Verzicht auf den «Grundsatz der Raumsicherung»].

Der Autor stützt sich in seinem Urteil über die WEA auf zahlreiche Recherchen, publizierte Fakten und persönliche Interviews mit ausgewiesenen Fachleuten. Dabei wurde ihm in einem Interview folgendes gesagt:

**«Denken Sie daran, dass man im VBS und im Korps der Berufsmilitärs heute ganz überwiegend sehr wenig bis gar nicht bereit ist, sich mit Kritik positiv und unvoreingenom-**

**men auseinanderzusetzen. Solche führt sofort zu Abwehrreaktionen. Mit Kritik erreicht man normalerweise nichts.»**

Diese mutige Aussage, fährt der Autor in seinem Bericht fort, «legen es nahe, die Entwicklung unserer Armee selbst und deren spezielles Umfeld einmal mehr unter die Lupe zu nehmen und dort – wo es angebracht ist, einer ätzenden Kritik zu unterziehen». Dr. Rudolf P. Schaub trifft mit seiner Kritik zweifellos den Nerv und legt die Achillesverse offen, auch zum Thema Luftwaffe. «Die Luftwaffe weist Fähigkeitslücken auf, die geschlossen werden müssen, insbesondere genügt die Restflotte der F/A-18 zahlenmässig überhaupt nicht (Botschaft, S.33). Ausserdem hat die Luftwaffe seit der Liquidation der Hunter-Flotte die Fähigkeit zum Erdkampf und seit der Ausserbetriebnahme der Mirage III RS die Fähigkeit zur operativen Aufklärung aus der Luft eingebüsst. Auf diese wichtigen Fähigkeitslücken wird in der WEA-Botschaft nicht mehr hingewiesen».

Weiter: «Es ist zu beachten, dass sich in einer verkleinerten Armee das Verhältnis zwischen den Kampftruppen und den nicht kämpfenden Unterstützungstruppen regelmässig zu Gunsten der letzteren entwickelt. In der weiterentwickelten Schrumpf-Armee werden die (aktuell geplanten) zwei Mechanisierten Brigaden als harter Kern der Kampftruppen gerade noch 20% der Armee ausmachen. Die Armee hat somit keine Dissuasionswirkung mehr gegen einen potenziellen Angreifer und kann das Land und die Bevölkerung nicht mehr verteidigen, wie es der Wortlaut von Art. 58 II BV anordnet.» Wir werden diese sehr interessante Kritik an der WEA unseren Mitgliedern gerne zukommen lassen. PB



## Werden Sie Mitglied vom Forum Flugplatz Dübendorf

### Beitrittserklärung

#### Anmeldung:

Hiermit beantrage ich, dem unabhängigen Verein Forum Flugplatz Dübendorf beizutreten. Bitte senden Sie diese Anmeldung an nachstehende Adresse (mit gleichzeitiger Einzahlung des Mitglieder-Jahresbeitrages von Fr. 25.– auf unser Postkonto).

#### Adresse:

Name: ..... Vorname: .....  
 Strasse: ..... PLZ / Ort: .....  
 Telefon P: ..... Telefon G: .....  
 Unterschrift: ..... Datum: .....Mailadresse:.....

**Postfach, 8600 Dübendorf, Postkonto: 80-47799-0**